

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P, XXII, 218

Bad Godesberg, den 14. November 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Flatternde Talare</u> Von Heinrich Braune, Hamburg	54
2	<u>Nacht das Tor auf</u> Die öffentliche Beratung der Parlamentsausschüsse Von Martin Hirsch, NAB	59
3	<u>Jungwähler der SPD</u> Aufschlußreiche Analyse des Wahlergebnisses von Bremen	29
4	<u>Wie sieht es heute auf der Schneekoppe aus?</u> Drahtseilbahn von Petzer zur Koppenspitze	45

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Den Weg richtig erkannt - Zum 1. Todestag von Wenzel Jaksch
Brandt: Gerechte Lösung für Deutschland anstreben
Rehs: "Eine 20. Novelle zu einem Gesetz..."
Unterstützung aus Skandinavien

Flatternde Talare

Von Heinrich Braune, Hamburg

Große Aufregung um eine gestörte Rektoratsfeier der Hamburger Universität! Die Schuldfrage ist natürlich leicht zu beantworten: Schuld haben die Studenten, die vor ihren Professoren in ihren feierlich flatternden Talaren, behängt mit Amtsketten, mit Samtbaretts auf dem Gelehrtenkopf ein Transparent aufspannten mit dem despektierlichen Text "Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren". - Unerhört so was! Verletzung der Würde der Universität! Machwerk Berliner Hetzer!

Aber was bleibt einem geduldigen ASTA weiter übrig, als die Provokation, wenn er jahrelang fast nur mit Redensarten abgespeist wird. Im Ruhrgebiet haben erstaunlicherweise einige Offizielle nicht so sehr die allgemeinen Proteste der Bergarbeiter erschreckt und aufgeschreckt, als die roten Fahnen, die plötzlich die Demonstrationen beherrschten. Aber eine Radikalisierung der Bergarbeiter wird selbstverständlich ernster genommen als die Radikalisierung der Studenten, obwohl der Zahl nach die Größenordnungen durchaus übereinstimmen. Jedoch hinter der einen Gruppe steht eine kampfbereite Gewerkschaft, die nicht mit sich spaßen läßt. Aber wer steht hinter den Studenten?

Beide Male geht es um die Zukunft, beide Male geht es um ein äußerst ernstes Strukturproblem. Denn daß die Universitäten mit ihrer mittelalterlichen Verfassung, in der der vermoderte Obrigkeitsstaat noch ein Scheindasein führt, ebenfalls schleunigst sich einer strukturellen Anpassung an die moderne Industriegesellschaft befleißigen müssen, das weiß jeder, der nicht gerade ein Samtbarett für das Symbol der Würde hält. Eins scheint festzustehen: Mit den bisherigen Methoden der sanften Überredung der Rektorenkonferenz durch die Ministerien ist eine wirklich durchgreifende Hochschul- und Studienreform, eine Anpassung unseres Universitätsbetriebs an die Forderungen der modernen Gesellschaft in absehbarer Zeit nicht zu erreichen.

Darum muß auch die Öffentlichkeit störrischen Vertretern alter Zöpfe wohl etwas gröber sagen, daß man ihrer Alleinherrschaft überdrüssig geworden ist. Wenn sie aber nicht gern allein über ihren eigenen Schatten springen, muß man ihnen dabei ermunternd helfen. Wenn sie sich weiter hinter dem zerschissenen Vorhang ihrer akademischen Würde verbergen, dann muß man diesen wegziehen. Eins ist merkwürdig: Wenn man mit einem von ihnen allein spricht, dann ist er so aufgeschlossen, wie man es nur wünschen kann. Aber wenn sie als hierarchisch organisierte Gruppe auftreten, dann hat man oft das Gefühl, sie bewegen sich wie ein Geleitzug: Das Tempo bestimmt derjenige, der am langsamsten fährt! Warum haben die Politiker bisher soviel Langmut gezeigt? Sie dachten wohl, da brennt's noch nicht. Das hat also wohl in Anbetracht anderer Probleme, die wirklich auf den Nägeln brennen, noch ein bißchen Zeit.

Und dann dieser urdeutsche Respekt vor dem Professorentitel: Man kann diese ehrenwerten Leute doch nicht so vor den Kopf stoßen, man läuft vielleicht noch Gefahr, die ganze, schließlich notwendige Ordnung überhaupt ins Wanken zu bringen. - In Wirklichkeit sind das alles lange-Bank-Rede. Was anscheinend fehlt, ist ein wirklich überzeugendes Modell, das sich um keine Traditionen und alte Rechte schert, aber praktikabel und anpassungsfähig wäre. Die Forderung nach immer weitergehender Mitbestimmung der Studenten ist doch zum Teil nur eine verzweifelte Reaktion auf den offiziellen Immobilismus. Aber solange man die Splitter im Weißen des Studentenauges sieht und nicht den Balken in der eigenen, starr auf die Tradition gerichteten Pupille, werden Störungen von Rektoratsfeiern, wie jetzt in Hamburg, an der Tagesordnung bleiben, auch wenn sie niemandem besonders zusagen.

Macht das Tor auf !

Die öffentliche Beratung der Parlamentsausschüsse

Von Martin Hirsch, MdB

Am 9. November haben der Rechts- und der Innenausschuß des Deutschen Bundestages mit der Anhörung von neun Professoren die lang angekündigten "Notstandshearings" eingeleitet. Über den Inhalt der Vorträge, Fragen und Antworten dieser Anhörungen haben Funk und Presse ausführlich berichtet. Hier soll einmal die Frage erörtert werden, welche Bedeutung solche Veranstaltungen für die politische Willensbildung haben oder haben können.

Schon dieser erste von fünf geplanten Anhörungstagen hat die große Bedeutung solcher öffentlicher Ausschusssitzungen erwiesen. Eingekeist von drei Kamerateams des Fernsehens, von wohl hundert Journalisten verfolgt, traten Abgeordnete und Sachverständige an zur Erörterung des Problems, das wie nie zuvor in Deutschland in alle Kreisen der Bevölkerung lebhafteste politische Diskussionen ausgelöst hat: Brauchen wir eine vorsorgende Regelung für den Notstandsfall ?

Gerade deshalb, weil das ganze politisch interessierte Volk dieses Problem seit nun schon zwölf Jahren diskutierte, haben die für die endliche Entscheidung berufenen Parlamentarier die gesamte Öffentlichkeit zur Teilnahme an der Ausschusssitzung eingeladen. Die bisherige Diskussion hat vielfach unter mangelhafter Information und daraus erwachsender Unsachlichkeit gelitten. Es ist eine der wesentlichsten Aufgaben der Hearings, der gesamten Öffentlichkeit die ganze Breite der Auffassungen vorzuführen, die zu dem Notstandsproblem entwickelt worden sind.

Immer wieder wird heftige Kritik an der lautlos dahinschleichenden Arbeit des Bundestags geübt. Immer wieder kursieren Fotos von den leeren Bänken des Plenarsaals durch die Presse. Dabei bleibt regelmäßig unberücksichtigt, daß die Arbeitsbedingungen eines großen Parlaments notwendig dazu führen, die wesentlichste Arbeit in die Ausschüsse zu verlagern. Ein Parlament erfüllt seine Aufgabe als Volksvertretung, als parlamentarischer Sprecher des ganzen Volkes, nicht ausreichend, wenn es nur hinter verschlossenen Türen mehr oder weniger lautlos funktionierendes Schwungrad der Gesetzgebungsmaschinerie spielt. Wesentliches Element der staatlichen Willensbildung in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft ist die Öffentlichkeit, ist die Möglichkeit, das ganze Volk an der politischen Willensbildung teilzunehmen zu lassen. Dafür genügt es nicht, auf die Mitwirkung der Parteien zu verweisen. Denn wer sorgfältig beobachtet, wie die Ströme der Willensbildung zusammenfließen, muß erkennen, daß die Parteien im entscheidenden Stadium, bei der Umformung politischer Wünsche und Meinungen zu verbindlichen Rechtsvorschriften kaum beteiligt sind; es läßt sich nicht übersehen, und auch das erste Notstandshearing hat das ganz deutlich gezeigt, daß die Parteifronten bei den parlamentarischen Ausschusssitzungen sehr leicht und schnell ins Wanken geraten, zumindest hinter den persönlichen Auffassungen der Ausschußsbeordneten zurücktreten. Hier in den Parlamentsausschüssen liegt die wichtigste Schaltstelle der staatlichen Willensbildung. Hier also mußte die Öffentlichkeit beteiligt werden. Wer ehrlich darauf Wert legt, das Volk an der politischen Willensbildung zu beteiligen, der muß den publizistischen Vermittlern der öffentlichen Meinung die Türen der Ausschußzimmer öffnen: Macht das Tor auf !

Jungwähler für SPD

Aufschlußreiche Analyse des Wahlergebnisses von Bremen

H.B.-er. - Bei den Bürgerschaftswahlen vom 1. Oktober haben 48 Prozent aller jungen Wähler im Alter von 21 bis 30 Jahren der SPD ihre Stimme gegeben. Dieses für die Sozialdemokratische Partei besonders erfreuliche Ergebnis geht aus einer repräsentativen Wahlstatistik hervor, die in mehreren Bremer Wahlbezirken bei absoluter Wahrung des Wahlheimnisses aufgestellt wurde.

Für die CDU haben sich in der Gruppe der 21-30 jährigen nur 29,7, für die FDP 11, für die NPD 7,1 und für die DFU 3,5 und für die DF 3,7 Prozent entschieden. Die CDU hatte ihren größten Stimmenerfolg bei den über 60 Jahre alten Wählern, während die extremen Parteien (NPD und DFU) ihre meisten Wähler in der Altersgruppe der 45 bis 60 Jährigen gefunden haben.

Frauen neigen zur CDU

Aufschlußreich ist auch die Aufschlüsselung der weiblichen Wählerstimmen. Danach verdanken die Bremer Christlichen Demokraten 60,5 Prozent ihres Wähleranteils den Frauen. Die Bremer SPD wurde zu 54,2, die FDP zu 54,5 und die DF zu 54,2 Prozent von Frauen gewählt. NPD und DFU erwiesen sich dagegen als für Frauen wenig attraktiv. Die DFU erhielt 52,8, die NPD sogar 61,3 Prozent ihres Stimmenanteils von den männlichen Wählern.

Hohe Wahlbeteiligung der älteren Bürger

Interessant ist schließlich noch die Feststellung der Bremer Wahlstatistiker, daß die Wahlbeteiligung mit zunehmendem Lebensalter steil anstieg: von den 21- bis 25-Jährigen gingen nur 60,8 Prozent zur Urne, bei den 25 - 30 Jährigen waren es 64,1 bei den 50 bis 70-Jährigen, wo die CDU ihren höchsten Stimmenanteil erreicht, wurde dagegen eine Wahlbeteiligung von 82,6 Prozent erreicht. Die Wahlbeteiligung hatte insgesamt bei 77,05 Prozent gelegen.

Wie sieht es heute auf der Schneekoppe aus ?

Drahtseilbahn von Petzer zur Koppenseitze

Von Igor Valentin, Prag

Die Schneekoppe, mit 1.603 Metern der höchste Berg des Riesengebirges und Böhmens, braucht heutzutage von Böhmen aus nicht mehr erwartet zu werden: von Petzer - neben Spindelmühle der bekannteste Wintersportort des Gebirges - führt eine Drahtseilbahn hinauf. Die Endstation dieser Drahtseilbahn ist das jüngste, fünfte Gebäude auf der Schneekoppe. Die anderen vier haben Krieg und Nachkriegszeit überdauert und sich kaum verändert. Die Rundkapelle des Hl. Laurentius wird bald 300 Jahre alt. Sie hat ihre ursprüngliche Bestimmung, einen christlichen Gegenpart zu Růbezahel, den "Berggeist des Riesengebirges", zu bilden, insofern erfüllt, als von Růbezahel bei den heutigen Herren der Koppe nicht mehr die Rede ist. Růbezahel war der deutsche Berggeist des Riesengebirges, den die deutschen Riesengebirgler in ihre neuen Wohnort als Erinnerung an die alte, als Folge des Krieges verlorengegangene Heimat mitgenommen haben. Wohl wissen auch heute noch die tschechischen Bewohner im Vorland des böhmischen Riesengebirges von dem Berggeist "Rybrocul" zu berichten, der auf der Schneekoppe thronet. Aber sonst ist (auch in den Schulen) von dem tschechischen Berggeist "Krkonos" die Rede, der dem Gebirge den tschechischen Namen Krkonosc (sprich Krkonosche) gegeben hat.

Die meteorologische Station auf der Schneekoppe arbeitet weiter, die übrigen zwei Gebäude sind Bauden, eine tschechische und eine polnische. Früher lag die eine in Böhmen und die andere in Schlesien, in der einen saß ein tschechoslowakischer Grenzer, in der anderen, wie man damals sagte, reichsdeutscher. Die Riesengebirgswanderer merkten damals (nach dem Ersten Weltkrieg und noch früher, zur Zeit Österreich-Ungarns) kaum, daß die Staatsgrenze mitten auf der Schneekoppe verlief. Der Kammweg war eine Angelegenheit des Fremdenverkehrs, ein internationaler Wanderweg. Im Winter verwehte der Schneewind jede Grenze, wichtig waren nur die meterhohen Pflöcke für die Skifahrer.

Heute gibt es auf der Schneekoppe keinen Grenzübergang. An sich haben die polnischen Gäste schön sitzsaft auf der schlesischen und die tschechoslowakischen auf der böhmischen Koppenseite zu verbleiben, gibt es doch für die jeweiligen Besucher eine eigene Baude. Aber die Grenzsitten sind auf der Schneekoppe nicht so streng und man kann sich bei der Polizei-Bezirksstelle in Böhmen einen Grenzübertrittsschein gegen eine sehr mäßige Gebühr besorgen; er berechtigt zu sechstägigem Aufenthalt auf der polnischen Seite des Gebirges ohne jede Einschränkung. Noch im Vorjahr, als die Grenzverhältnisse gelockert wurden und der "Kammweg der tschechoslowakisch-polnischen Freundschaft" viele Besucher anlockte, hatten die Zeitungen Gelegenheit, zu berichten, daß auf der Schneekoppe "Schmugglergeschäfte Hand in Hand" gemacht würden. - Davon kann heute keine Rede mehr sein, der Schmuggel lohnt nicht. Die Schneekoppe wird jetzt auch wieder von Deutschen besucht. Sie kommen über Spindelmühle und Petzer. Sie stammen aus der Bundesrepublik Deutschland und aus der DDR.